

# Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2010 neigt sich dem Ende entgegen. Für die Kolleginnen und Kollegen in der Zollverwaltung war es ein sehr schwieriges Jahr. Zuerst ist hier sicherlich der generelle Beförderungsstopp zu nennen. Dieser war aus unserer Sicht in dieser Form nicht nötig, um die Vorgaben des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes zu erfüllen. Es hätte auch Alternativen zu diesem Beförderungsstopp gegeben. Das BMF war aber nicht bereit, diese auch zu nutzen. Leidtragende waren in erster Linie all diejenigen, die kurz vor einer Beförderung standen. Statt Alternativen zu nutzen, erklärte das BMF, dass es erst wieder Beförderungen geben wird, sobald die gesamte Zollverwaltung neu beurteilt worden ist, und dies, obwohl noch keine neue Beurteilungsrichtlinie (BRZV) vorlag. In dieser Situation musste der HPR eine neue Beurteilungsrichtlinie verhandeln. Nach zähen und schwierigen Verhandlungen hat der HPR der neuen BRZV zugestimmt. Die Anlage I, die von den Kolleginnen und Kollegen zu Recht abgelehnt wird, hat der HPR lediglich zur Kenntnis genommen,

da diese nicht Bestandteil der BRZV ist.

Die Verwaltung hat es versäumt, die Beurteiler/innen und Berichtersteller/innen in der Anwendung der neuen BRZV zu schulen. Auch den Beschäftigten wurde die neue BRZV nicht vernünftig erläutert. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass viele Kolleginnen und Kollegen verärgert über ihre Beurteilung sind. Der Frust wird immer größer. Für das kommende Jahr bleibt zu hoffen, dass die neue BRZV evaluiert wird und im Zuge dieser Evaluation die unsägliche Anlage I endgültig verschwindet.

Das Beförderungsverfahren soll nun endlich wieder anlaufen. Die ersten Einweisungen sollen schnellstmöglich vorgenommen werden. Die erforderliche Rechtschutzfrist kann noch nicht beginnen, da noch nicht alle Beurteilungen ausgehändigt worden sind. Hier sind alle Beteiligten aufgefordert, dies umgehend zu tun, damit die Beförderungen endlich vorgenommen werden können. Leider hat es das BMF auch hier versäumt, die Beschäftigten über das neue Beförderungsverfahren im Block umfassend zu informieren, so dass kaum jemand seine persönliche Zukunftsperspektive abschätzen kann. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, damit der Frust der Beschäftigten nicht noch weiter ansteigt.

Da viele Kolleginnen und Kollegen mit sehr guten Beurteilungsnoten noch keinen Beförderungsdienstposten



> Christian Beisch

(insbesondere im mittleren Dienst) innehaben, haben BV Nord und der BPR bei der BFD Nord die Ausschreibung von Beförderungsdienstposten eingefordert. Dieser Forderung ist die Verwaltung auch nachgekommen und hat eine Stellenausschreibung mit rund 140 Dienstposten der BesGr. A 9m/A 9m+Z sowie 12 Dienstposten der BesGr. A 12 veröffentlicht. Aus unserer Sicht war die Ausschreibung der Dienstposten in dieser Anzahl auch gerechtfertigt, da im mittleren Dienst 35 Prozent der Dienstposten nach BesGr. A 9m/A 9m+Z bewertet werden dürfen.

Diese Ausschreibung wurde von der BFD abgebrochen, da die Anforderungsprofile zu überarbeiten seien. Auch aus unserer Sicht waren einige Anforderungsprofile zu überarbeiten, da es sich hier zum Teil um „Passbildausschreibungen“ handelte. Nach der Überarbeitung der Anforderungsprofile wurde die Stellenausschreibung erneut veröffentlicht. Diesmal sind aber nur knapp 100 Dienstposten der BesGr. A 9m/A 9m+Z ausgeschrieben. Begründet wur-

de diese Maßnahme damit, dass nur so sichergestellt werden kann, dass auch im kommenden Jahr noch Beförderungsdienstposten ausgeschrieben werden können. Wir werden weiterhin auf Ausschreibungen von Beförderungsdienstposten drängen.

In der letzten Zeit geisterten viele Gerüchte über die Zukunft der Zollverwaltung durch die Presse und über die Flure der Dienststellen. Angeheizt wurde die Diskussion durch die aktuelle Sicherheitslage, die von einzelnen Politikern genutzt wurde, um sich selbst zu profilieren. Fakt ist, dass am 9. Dezember 2010 die Expertenkommission, besser bekannt als Werthebach-Kommission, ihre Ergebnisse vorstellen wird. Erst danach wird abzuschätzen sein, was die Zukunft bringen wird.

Die noch offenen Baustellen aus diesem Jahr werden uns auch im neuen Jahr fordern. Der BDZ ist, auch aufgrund seines diesjährigen Gewerkschaftstages, gut aufgestellt, um die Herausforderungen des neuen Jahres zu meistern.

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2011.*

Ihr

Christian Beisch,  
Bezirksvorsitzender

## Impressum:

Redaktion:  
Bezirksleitung des  
BDZ-Bezirksverbands Nord,  
Christian Beisch (v.i.S.d.P.)

BDZ-Bezirksverband Nord  
Mönkedamm 11  
20457 Hamburg  
Telefon 040.5118733  
Fax 040.36099968  
E-Mail: [bvnord@bvnord.de](mailto:bvnord@bvnord.de)  
Internet: [www.bvnord.de](http://www.bvnord.de)

# 29. BDZ Gewerkschaftstag – Ein voller Erfolg für den BV Nord



> Delegierte des BV Nord.

Unter dem Motto „Zoll 2010. Miteinander zum Erfolg.“ fand der 29. Gewerkschaftstag des BDZ vom 12. bis 14. Oktober 2010 in Magdeburg statt.

Vor dem Gewerkschaftstag tagte noch am 11. Oktober 2010 der BDZ-Bundesvorstand, um die letzten Feinheiten für den Gewerkschaftstag zu diskutieren. Am Morgen des 12. Oktober 2010 tagten die Ausschüsse „Satzung“ und „Haushalt“. Der Ausschuss Satzung hatte bereits in den Monaten vor dem Gewerkschaftstag eine Neufassung der Satzung und der Rechtschutzrichtlinien erarbeitet. Ein Schwerpunkt der neuen Satzung ist die Erhöhung der Zahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden von vier auf fünf. Darüber hinaus wurde die Wahl des Vorsitizes des ständigen Ausschusses Personalvertretung neu geregelt. Ferner

wurde die Satzung an zahlreichen Stellen sprachlich überarbeitet.

Der Haushaltsausschuss nahm letztmalig die Haushaltsabschlüsse der letzten fünf Jahre zur Kenntnis und beriet über die Aufstellung der Haushaltspläne für die kommenden fünf Jahre. Aufgrund der hervorragenden Vorarbeit des Bundesrechnungsführers, Gerd Liebegott, bestand sehr schnell Einigkeit und der Haushaltsausschuss konnte dem Gewerkschaftstag die Entlastung der Bundesleitung empfehlen.

Pünktlich um 13:30 Uhr konnte der Bundesvorsitzende Klaus H. Leprich den 29. Gewerkschaftstag, das höchste Beschlussgremium des BDZ, eröffnen. Am Gewerkschaftstag nahmen über 500 Delegierte, davon mehr als 50 vom BV Nord, sowie zahlreiche Gäs-

te aus Politik, Verwaltung und befreundeten Gewerkschaften teil. Nach der Eröffnung stand die Wahl der Verhandlungsleitung auf der Tagesordnung. Zur Verhandlungsleiterin wurde die Kollegin Uta Kramer-Schröder (BV Nordbayern) einstimmig gewählt. Zu den weiteren Mitgliedern der Verhandlungsleitung, die ebenfalls einstimmig gewählt wurden, gehörten Bärbel Rehmert (BV Hannover) als stellvertretende Verhandlungsleiterin, Andreas Schwenke (BV Berlin-Brandenburg) als Führer der Rednerliste, Jürgen Schülzke (BV Hannover) sowie Ulrike Zsambok (BV Köln) als Beisitzer/Beisitzerin und Christof Stechmann (Bundesgeschäftsstelle) als erster Schriftführer sowie Rainer Wagner (BV BMF) als zweiter Schriftführer. Aufgrund der souveränen Verhandlungsführung von Uta Kramer-Schröder

und ihrem Team konnten die Wahlen ordnungsgemäß ablaufen und die über 150 Anträge zügig beraten und abgestimmt werden. Ein ganz herzliches Dankeschön an dieser Stelle für die Verhandlungsleitung.

In seiner kämpferischen Rede zum Geschäftsbericht ging Klaus H. Leprich intensiv auf die Arbeit des BDZ in den letzten fünf Jahren ein. Aber auch die aktuellen Themen vergaß er nicht.



> Klaus Leprich ist wiedergewählt.

Nach dem Bericht des Rechnungsführers und der Rechnungsprüfer erteilten die Delegierten der scheidenden Bundesleitung einstimmig die Entlastung. Nun standen die mit Spannung erwarteten Wahlen zur Bundesleitung an. Mit einer eindrucksvollen Mehrheit von 90,44 Prozent wurde Klaus H. Leprich in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt und startet damit in eine neue fünfjährige Amtszeit.



> Beisch stellt sich den Delegierten vor.

Die Wahlen der nun fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden sollten nicht so schnell über die Bühne gehen. Für die fünf Plätze in der Bundesleitung hatten sieben Kandidatinnen und Kandidaten ihre Kandidatur erklärt. Im ersten Wahlgang wurden die bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ronald Hilgert (BV Hannover), Dieter Dewes (BV Saarland) und Adelheid Tegeler (BV Westfalen) in ihren Ämtern bestätigt. Im zweiten Wahlgang wurde der Vorsitzende des BV Nord, Christian Beisch, in das Amt eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Im dritten Wahlgang konnte sich Wolfgang Kailer (BV Baden) durchsetzen. Die Kollegen Uwe Büttner (BV Berlin-Brandenburg) und Udo Huß (BV Hessen) haben die erforderliche Stimmmehrheit nicht erreicht. Der bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende, Wolfgang Fischer (BV Berlin-Brandenburg), hat aus Altersgründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Am 13. Oktober 2010 folgte ein weiterer Höhepunkt des Gewerkschaftstages: die öffentliche Veranstaltung. In seinem Grußwort hieß der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, die Delegierten herzlich willkommen. Er unterstrich, wie wichtig die Arbeit des Zolls ist. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Lutz Trümper, hieß die Delegierten ebenfalls willkommen und ging insbesondere auf die enge Zusammenarbeit des Zolls und den Kommunen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit ein. Der Präsident der BFD Mitte, Andreas Schneider, stellte seinen BFD-Bezirk vor, so werden in diesem großen Bezirk alle Aufgaben der zöllnerischen Bandbreite wahrgenommen. Der Ehrenpräsident der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE) und Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), Dieter Ondracek, erinnerte an die gemeinsamen Bestrebungen von BDZ und DSTG vor vielen Jahren, die UFE zu gründen. Den BDZ bezeichnete er als Motor der UFE. Auch die gute Zusammenarbeit von BDZ und DSTG innerhalb des dbb hob Ondracek hervor.

In einer teils kämpferischen, teils spitzzüngigen und süffisanten Rede ging der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Peter Heesen, auf aktuelle politische Themen ein. Die geplante Streichung der zweiten Hälfte der Sonderzuwendung, die ab dem 1. Januar 2011 wieder ausgezahlt werden sollte, verurteilte er scharf. Auch die geplanten Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst wies er energisch zurück. Nach seiner Auffassung wird die

Funktionsfähigkeit des Staates durch diese Maßnahmen ernsthaft gefährdet.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Patricia Lips (CDU), Carsten Schneider (SPD), Gisela Piltz (FDP) und Lisa Paus (Grüne), hoben die Bedeutung der Zollverwaltung für das Gemeinwohl und die wichtige Aufgabe der Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie die Überwachung des Grenzüberschreitenden Warenverkehrs hervor. Je nach politischer Zugehörigkeit verteidigten oder kritisierten sie die Sparbeschlüsse der Bundesregierung. Der angekündigte Vertreter der LINKEN hatte aufgrund einer Erkrankung kurzfristig abgesagt.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, in Vertretung des erkrankten Ministers Wolfgang Schäuble, ging in seiner Rede auf die aktuelle Haushaltslage und den Haushalt 2011 ein, den er ein Zukunftspaket nannte. Ferner ging er auf die neuen Aufgaben der Zollverwaltung, wie Brennelementesteuer, Kfz-Steuer und Luftverkehrsabgabe ein. Einer Spaltung des Zolls er-

teilte er eine klare Absage.

Am Abend fand der traditionelle Gala-Abend statt. Mit dem Damenorchester Salomé und dem Kabarettisten Christoph Brüske hatten die Organisatorinnen und Organisatoren gleich zwei Highlights zu bieten. Die Auftritte wurden von den Gästen mit entsprechend lang anhaltendem Applaus gewürdigt. Am Ende des Abends hieß es unisono: ein toller Abend.

Am letzten Tag des Gewerkschaftstages standen noch die Wahlen der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse, der Rechnungsprüfer sowie die Beratung der Anträge auf dem Programm. Folgende Kolleginnen und Kollegen wurden gewählt:

- > BDZ Jugend:  
Peter Noppenberger  
(BV Südbayern)
- > BDZ Senioren:  
Ronald Hilgert  
(BV Hannover)
- > BDZ Frauen:  
Birgit Schmelter  
(OV Stralsund)
- > Tarif:  
Ulrike Zsombok  
(BV Köln)



> Die neue Bundesleitung.

► **Beamtenpolitik:**  
Axel Böhning  
(OV Stralsund)

Der bisherige Vorsitzende der BDZ Jugend, Christian Heyde (OV Stralsund), stand aus Altersgründen nicht erneut zur Wahl.

Zu Rechnungsprüfern wurden wieder Michael Stumpf (BV

Nordbayern) und Bernhard Teichert (OV Kiel) gewählt. Der BV Nord hat sich damit mit all seinen Personalvorschlägen auf dem Gewerkschaftstag durchgesetzt.

Zu Beginn der Antragsberatungen wurde der Leit Antrag der Bundesleitung einstimmig angenommen. Mit diesem An-

trag wird die grundsätzliche gewerkschaftliche Ausrichtung für die nächsten fünf Jahre festgelegt.

Nach Beurteilung aller Delegierten ist der BDZ damit gut und zukunftsicher aufgestellt.

Nach der Beschlussfassung über die übrigen 150 Anträge

konnte der Bundesvorsitzende sein Schlusswort halten. Er verwies darauf, dass der BDZ für die Zukunft gut aufgestellt sei und die Herausforderungen der Zukunft annehme.

Er dankte allen Beteiligten für die hervorragende Vorbereitung und Durchführung des Gewerkschaftstages.

## BDZ mit neuem Internetauftritt online

Pünktlich zum 29. Gewerkschaftstag ist der neue Internetauftritt des BDZ online gegangen. Zwar hat sich das Design grundlegend geändert, aber auch zukünftig werden die Nachrichten aktuell aufbereitet. Die passenden Hintergrundinformationen werden im Mitgliederbereich zur Verfügung gestellt. Parallel zum neuen Webauftritt ist der BDZ nun auch in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter sowie im BDZ-Blog vertreten.

Die neue Internetseite ist unter der Adresse [www.bdz.eu](http://www.bdz.eu) erreichbar. Sie bietet eine klar strukturierte Oberfläche und eine neue Suchfunktionalität. Auch die Lesbarkeit der Texte sowie die Menüführung wurden deutlich verbessert.

Unter der Rubrik Medien lassen sich zudem aktuelle Veröffentlichungen nachlesen und das „BDZ aktuell“ per Mausklick als PDF-Datei herunterladen. Auch ein kostenfreier RSS-Feed informiert interessierte

Nutzer automatisch über alle neuen Nachrichten auf der Webseite.

### ► Interner Bereich für BDZ-Mitglieder

Nach wie vor haben BDZ-Mitglieder die Möglichkeit, sich für den internen Bereich anzumelden. Für diejenigen, die bereits im alten Intranet angemeldet waren, ändert sich nichts. Die alten Zugangsdaten bleiben bestehen. Für Mitglieder, die sich neu anmelden möchten, steht eine entsprechende Registrierungsfunktion auf der Webseite zur Verfügung.

Im Mitgliederbereich hält der BDZ exklusiv für Mitglieder ein Plus an Informationen in den Rubriken Gremien, Medien und Service eine zusätzliche Rubrik Themen, unter der sich unter anderem aktuelle Rechtsprechung und Rechtsschutzfälle mit allgemeiner Bedeutung finden lassen, bereit. Auch das schon bekannte Forum ist hier zu finden.

### ► Mittendrin im Web 2.0

Den BDZ findet man nun auch in den sozialen Netzwerken

Facebook ([www.facebook.com/BDZ.eu](http://www.facebook.com/BDZ.eu)) und Twitter ([www.twitter.com/bdzeu](http://www.twitter.com/bdzeu)).

Hier folgt der BDZ dem Trend einer ganzen Generation. Auf den beiden Plattformen wird dem reinen Informationsgedanken Rechnung getragen – so sind die Textnachrichten bei Twitter beispielsweise auf 140 Zeichen beschränkt. Auf dem Facebook-Profil des BDZ können sich die Besucher neben Kurznachrichten zum aktuellen Zeitgeschehen auch dazugehörige Fotos ansehen und eine Kommentarfunktion nutzen. In naher Zukunft sollen hier auch kurze Videonachrichten aus der Bundesgeschäftsstelle abrufbar sein. Während man als Gast nur mit einer Leseberechtigung auf das BDZ-Profil zugreifen kann, steht es Facebook-Nutzern offen, sich mit dem BDZ-Profil zu vernetzen, Nachrichten zu kommentieren oder zu bewerten.

**Also viele Neuerungen, einfach anschauen und ausprobieren.**



► Die neue Webseite des BDZ basiert auf dem modernen Content-Management-System RedDot. Derzeit werden noch letzte Feinabstimmungen vorgenommen.

# Zurruhesetzungsverfahren in unserer Verwaltung

Zurruhesetzungsverfahren nehmen in unserer Verwaltung spürbar einen immer breiteren Raum ein. Wer über ein halbes Jahr dienstunfähig krank ist, der kann schon mal in den „Genuss“ eines solchen Zwangspensionierungsverfahrens kommen. Aber man sollte nicht den Schreck in den Augen haben, wenn die Verwaltung einem Beschäftigten die beabsichtigte Zurruhesetzung mitteilt. Dies ist meistens das Ende einer Reihe von Vorkehrungen oder Maßnahmen und aus Sicht der Verwaltung das Ende der Fahnenstange. Selbst bei einem angekündigten Zurruhesetzungsverfahren hat der Beschäftigte noch Rechte, die auf jeden Fall ausgeschöpft werden sollten (Beantragung der Mitwirkung des Personalrats gemäß § 78 Abs. 1 Nr. 5 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG)).

So sollte der betroffene Beschäftigte bei der schriftlichen Ankündigung der beabsichtigten Zurruhesetzung immer die Mitwirkung der Personalvertretung beantragen. Zusätzlich sollte derjenige auch Kontakt mit dem Personalrat aufnehmen.

So sagt § 44 Abs. 1 BBG aus, dass eine Beamtin oder ein Beamter auf Lebenszeit immer dann in den Ruhestand zu versetzen ist, wenn sie oder er wegen des körperlichen Zustands oder aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung der Dienstpflichten dauernd dienstunfähig ist. Als dienstunfähig kann auch angesehen werden, wer infolge Erkrankung innerhalb von sechs Monaten mehr als drei Monate

keinen Dienst verrichtet hat und keine Aussicht besteht, dass innerhalb weiterer sechs Monate die Dienstfähigkeit wieder voll hergestellt ist.

Viel mehr Handlungsmöglichkeiten stecken in dem letzten Satz des Abs. 1.: In den Ruhestand wird nicht versetzt, wer anderweitig verwendbar ist.

Zurruhesetzungsverfahren kommen nicht von ungefähr. Sie stehen am Ende einer längeren Krankheitsphase und werden dann angestrengt, wenn aus Sicht der Verwaltung alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, die oder den Beschäftigte/n weiterhin im dienstlichen Alltag zu belassen. Wichtig ist für die Kollegin oder den Kollegen, hier auch den Kontakt mit dem Personalrat zu suchen, damit vorher alles ausgeschöpft werden kann. So wird allen Beschäftigten, die sechs Wochen oder 30 Arbeitstage innerhalb eines Jahres dienstunfähig waren oder sind, von der Verwaltung ein Hilfsangebot unterbreitet, wie die Dienstunfähigkeit überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen einer erneuten Dienstunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann (betriebliches Eingliederungsmanagement, § 84 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX). Das sind die Anschreiben, die jeder bekommt, der innerhalb eines Jahres die oben aufgeführten Zeiträume überschreitet. Man sollte ein Präventionsverfahren oder betriebliches Eingliederungsmanagement immer wahrnehmen, wenn sich die 30 Tage nicht gerade wegen mehrerer Erkältungen ange-

sammelt haben. Auch hier kann man den Personalrat hinzuziehen. Bei einem längeren Ausfall empfiehlt es sich sogar. Die Verwaltung ist verpflichtet, dieses Hilfsangebot zu unterbreiten. Jedem einzelnen obliegt es jedoch selber, dieses auch anzunehmen.

Laut eines BMF-Erlasses von 2008 ist vor einem krankheitsbedingten Zurruhesetzungsverfahren ein betriebliches Eingliederungsmanagement durchzuführen. Daher sollte man auf die Schreiben der Verwaltung immer reagieren. Auch kann man, wenn man es doch mal versäumt hat und länger krank ist, ein betriebliches Eingliederungsmanagement bei der Verwaltung beantragen. Hat man nicht reagiert und es kommt zum Zurruhesetzungsverfahren, ist die eigene Position in dem Verfahren geschwächt.

Wenn jetzt ein Beschäftigter eine längere Krankheitsphase hat, kommt nicht automatisch ein Zurruhesetzungsverfahren. Hinzukommen muss außerdem eine ärztliche Prognose, dass der Gesundheitsprozess des Beschäftigten innerhalb des nächsten halben Jahres nicht eintreten wird. Dies kann nur durch eine amtsärztliche Untersuchung geschehen. Das amtsärztliche Gutachten muss zu dem Ergebnis kommen, dass die Dienstunfähigkeit feststeht und keine alternative Verwendungsmöglichkeit besteht und keine Teildienstfähigkeit möglich ist. Wenn hier nur ein Baustein in Betracht kommt, scheidet eine Zurruhesetzung aus. Also muss der Dienstherr, wenn die/der Be-

amtin/Beamte dauerhaft erkrankt ist bzw. auf Grund der gesundheitlichen Probleme die bisherige Tätigkeit nicht mehr ausübt, umfassend eine anderweitige, gesundheitlich adäquate Verwendungsmöglichkeit prüfen.

Alternative Verwendungsmöglichkeiten sind:

1. Übertragung eines anderen Aufgabenbereichs
2. Übertragung eines anderen Amtes auch in einer anderen Laufbahn
3. Übertragung einer niedriger bewerteten Tätigkeit
4. Versetzung in eine Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt
5. Erwerb der Befähigung für eine andere Laufbahn
6. Verwendung im Rahmen der begrenzten Dienstfähigkeit

Dies stellt eine größere rechtliche Verbindlichkeit dar als vor dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz und soll sicherstellen, dass von einer Versetzung in den Ruhestand abgesehen wird, wenn eine anderweitige Verwendung möglich ist.

Stellt ein ärztliches Gutachten die Dienstunfähigkeit fest, so wird dem Beschäftigten die beabsichtigte Versetzung in den Ruhestand mitgeteilt. Daneben hat der Dienstvorgesetzte demjenigen die Fakten mitzuteilen, die aus Sicht der Verwaltung die Versetzung in den Ruhestand rechtfertigen. Anzugeben sind auch die Gründe, die keine anderweitige Verwendung aus Sicht der Verwaltung ermöglichen. Danach hat der Betroffene einen Monat lang Zeit, Einwendungen gegen die Mitteilung vorzubringen. Spätestens hier sollte derjenige Kontakt mit dem Personalrat aufnehmen.



So muss die Mitwirkung der Personalvertretung von dem Betroffenen bei der Verwaltung beantragt werden. Geschieht dies nicht und hat sich der Betroffene vorher nicht mal mit dem Personalrat in Verbindung gesetzt, erhält die Personalvertretung vom beabsichtigten Zurruesetzungsverfahren auch keine Kenntnis und kann auch keine Hilfestellung leisten.

Auf die Möglichkeit des Rechtsschutzes, um gegen die beabsichtigte Maßnahme vorzugehen, zum Beispiel Rechtsschutz über eine Gewerkschaft in Anspruch zu nehmen, muss hier auch hingewiesen werden.

Danach entscheidet die Verwaltung im Einvernehmen mit der obersten Dienstbehörde endgültig. Hat die Verwaltung

zu der beabsichtigten Maßnahme seine Meinung nicht geändert, wird dem Betroffenen die Versetzung in den Ruhestand per Verfügung mitgeteilt. Wenn man im oben aufgeführten Vorverfahren die Personalvertretung nicht be-

teiligt hat oder auch keinen rechtlichen Beistand eingeschaltet hat, erfährt der Personalrat erst von der Zurruesetzung, wenn die Verfügung der Personalvertretung zur Kenntnis vorgelegt wurde. Dann ist es bereits zu spät. Eine erfolgte Zurruesetzung kann vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden.

*Jens-Uwe Adler*

## Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Kiel



> H.-J. Radtke eröffnet die Mitgliederversammlung.

Am 3. November 2010 fand die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Kiel in den Räumen der Marinekameradschaft Kiel statt. Als Gast konnte der OV-Vorsitzende Hans-Joachim Radtke den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Bezirksvorsitzenden Christian Beisch begrüßen

Die Versammlung wurde durch Kollegen Radtke mit der Begrüßung der Anwesenden und des Gastes eröffnet. Nach einer kurzen Rede des Vorsitzenden begann der Vortrag des Kollegen Christian Beisch. In seinem

1 1/2-stündigen Referat ging er auf die aktuellen Themen in der Zollverwaltung ein. Ein zentrales Thema war die neue Beurteilungsrichtlinie (BRZV) sowie die letzte Beurteilungsrunde. Er stellte klar, dass der Hauptpersonalrat der BRZV zugestimmt hat, der Anlage I allerdings nicht, da diese nicht Bestandteil der BRZV ist. Die Anlage I wird vom Hauptpersonalrat nicht mit getragen. Daher hat er lediglich Kenntnis davon genommen. Die Anlage I wird von den Beschäftigten zu Recht nicht akzeptiert. Da die Gesamtnote der Beurteilung im Gremium festgelegt wird, müssen die Kreuze so gesetzt werden, dass sich rechnerisch die Gesamtnote ergibt. Insofern können hier nicht die zutreffenden Leistungen und Fähigkeiten in den richtigen Ausprägungsgraden angekreuzt werden. Beisch sagte wörtlich: „Die Anlage I ist Mist und gehört sofort wieder abgeschafft!“ Er machte nochmals deutlich, dass der BDZ seinen Mitgliedern Rechtsschutz im Zusammenhang mit der letzten Beurteilungsrunde gewähren wird. Er erläuterte,

dass die Einführung einer neuen Notenskala mit einer Binnendifferenzierung aufgrund des Dienstrechtes und der Rechtsprechung notwendig war.

Auch mit dem derzeitigen Beförderungsgeschehen sind die Kolleginnen und Kollegen zu Recht nicht zufrieden. Seit Beginn des Jahres sind keine Beförderungen mehr erfolgt. Beisch erläuterte das neue Beförderungsgeschehen in Blöcken.

Die Veröffentlichungen des BMF haben mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet. Zwar wurde zwischenzeitlich veröffentlicht, welche Beurteilungsnoten in einem ersten Schritt befördert werden, allerdings weiß niemand, wie viele Beförderungen das tatsächlich sind und wann der nächste Block freigegeben wird. Daher ist es den Beschäftigten nicht möglich, ihre persönliche Perspektive zu erkennen. Hier muss das BMF dringend besser informieren, um die notwendige Transparenz zu schaffen.

Auch die Streichung der zweiten Hälfte der Sonderzuwen-

dung, die ab Januar 2011 wieder ausgezahlt werden sollte, wurde von Beisch scharf kritisiert. Er sagte: „Die Politikerinnen und Politiker brauchen sich nicht über die Politikverdrossenheit und das mangelnde Vertrauen in die Politik zu beklagen. Hieran sind die Damen und Herren selber schuld. Eine Politik nach dem Motto ‚Versprochen und dann gebrochen‘ fördert nun mal nicht das Vertrauen in die Politik.“ Die Forderungen des Bundeswirtschaftsministers Brüderle (FDP) nannte er unehrlich, wenn er im selben Augenblick eine Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst akzeptiere. Herr Brüderle solle sich lieber für die Auszahlung der zweiten Hälfte der Sonderzuwendung stark machen. Besonders betroffen sind die Pensionäre, da man ihnen die Zahlung der Einmalzahlung im Rahmen der letzten Besoldungsrunde mit dem Hinweis auf die Auszahlung der zweiten Hälfte der Sonderzuwendung verweigert. Nun sollen sie weder Einmalzahlung noch die zweite Hälfte der Sonderzuwendung erhalten.

Zum Schluss seines Vortrags ging Beisch kurz auf die Zukunft der Zollverwaltung ein. Hier bleibt das Ergebnis der so genannten Werthebach-Kommission abzuwarten. Das Er-

gebnis wird für Dezember 2010 erwartet. Vor der Ergebnisveröffentlichung sind sämtliche Aussagen zu diesem Thema reine Spekulation und hieran beteiligt sich der BV Nord nicht.

Nach dem sehr interessanten und spannenden Vortrag konnte der OV-Vorsitzende die Kollegen Fritz Lipke, Lutz Buddig, Werner Meißner und Hans Walter Christiansen für 50 Jahre BDZ-Mitgliedschaft

ehren und Ihnen die Ehrenurkunde sowie ein kleines Präsent überreichen.

Anschließend wurde das Büfett eröffnet und man saß in geselliger Runde zusammen.

Am Ende der Veranstaltung sagten viele Kolleginnen und Kollegen, das war eine gelungene und interessante Veranstaltung.

*Hans-Joachim Radtke*

## Jahresausflug der Senioren im Ortsverband Kiel



> Blick in die Hamburger Speicherstadt.

Auf vielfachen Wunsch unserer Mitglieder starteten die Senioren des Ortsverbandes Kiel am 28. September zu ihrem Jahresausflug nach Hamburg. Erster Anlaufpunkt war das Deutsche Zollmuseum, wo den Besuchern das Zollwesen der heutigen Zeit vorgestellt wurde. Anschließend hatte man noch Gelegenheit, die vielen interessanten Exponate zu bestaunen. Das Mittagessen wurde in dem um die Ecke gelegenen Restaurant „Schöner Leben“ eingenommen, was offenbar bei allen Teilnehmern gut ankam.

Nach kurzer Mittagspause ging es zu Fuß in das „Maritime Museum“, wo wir von unserem Führer über mehrere Etagen durch die eindrucksvol-

le Ausstellung geführt wurden. Es verschlug fast allen die Sprache über die Menge und den Wert der angehäuften Ausstellungsstücke. Dazu trug auch die lockere und sehr professionelle Art der Führung bei.

Abschließend brachte der Bus alle Teilnehmer in die „Speicherstadt Kaffeerösterei“, wo jeder die Gelegenheit bekam, selbst seine Kaffeesorte und seinen Kuchen aus dem vielfältigen Angebot zu wählen und daneben die Beschäftigten beim Kaffeerösten zu beobachten.

Nach ausgiebiger Kaffeepause ging es zurück nach Kiel, wo alle nach gelungener Fahrt heimwärts strebten.

*Frank Schüßler*

## Termine und Veranstaltungen im BV Nord

**15. Dezember 2010, 15:00 Uhr**

Weihnachtsfeier für die Pensionäre des OV Lübeck, Gaststätte Lübecker Rudergesellschaft, Huxtertorallee 4, 23564 Lübeck

**10. Januar 2011, 15:00 Uhr**

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg

**20. Januar 2011, 17:00 Uhr**

Jahreshauptversammlung des OV Hamburg-Hafen, Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg

**27. Januar 2011, 17:00 Uhr**

Jahreshauptversammlung des OV BFD Nord, Geschäftsstelle des BV Nord, Mönkedamm 11, 20457 Hamburg

**7. Februar 2011, 15:00 Uhr**

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg

**10. Februar 2011, 15:00 Uhr**

Zusammenkunft der BDZ-Senioren Kiel, Vereinsheim der Kanu-Vereinigung Kiel e.V., Düsternbrooker Weg 44, 24105 Kiel, Telefon: 0431/56 66 74

**7. März 2011, 15:00 Uhr**

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg

**4. April 2011, 15:00 Uhr**

Mitgliederversammlung des OV Hamburg-Ruhestand, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 22357 Hamburg

**14. April 2011, 15:00 Uhr**

Zusammenkunft der BDZ-Senioren Kiel, Vereinsheim der Kanu-Vereinigung Kiel e.V., Düsternbrooker Weg 44, 24105 Kiel, Telefon: 0431/56 66 74

# Auszeichnung für unseren Kollegen Karl-Heinrich Peters



Jan K. Kuskowski, Queisser-Geschäftsführer (links), mit dem Preisträger Karl-Heinrich Peters (rechts).

Unser Kollege Karl-Heinrich Peters (78) vom Ortsverband Flensburg wurde während der Veranstaltungswoche „Flensburg aktiv – Bewegung der Generationen“ mit dem Queisser-Seniorenpreis ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand in der

Bürgerhalle des Flensburger Rathauses statt.

Kollege Peters erhielt die mit 3 000 Euro dotierte Auszeichnung für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Witwenbetreuung verstor-

bener Zollbeamten. Auch seine Aktivitäten für die Zollsenioren in Flensburg, wie Busreisen und Spielnachmittage, wurden mit der Auszeichnung gewürdigt.

Kollege Peters, der bereits seit 1976 ehrenamtlich Witwen von verstorbenen Kollegen unterstützt, hob besonders die Dankbarkeit hervor, die ihm für seine ehrenamtliche Arbeit entgegengebracht wird.

Bereits zum 24. Mal ging der Preis an Flensburger Ehrenamtler, die sich im Alter gesellschaftlich, sozial, kulturell oder sportlich engagieren.

Gestiftet wird der Preis alljährlich von dem Flensburger Traditionsunternehmen Queisser Pharma.

Die Preisverleihung war der Auftakt der Veranstaltungswoche

„Flensburg aktiv – Begegnung der Generationen“, in der die Fachstelle für Senioren und Koordinierungsstelle für Integration ein Programm für interessierte Menschen anbot. Ziel der Veranstaltung war, vor Ort Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Menschen eine aktive Gestaltung des Lebens unabhängig ihrer Altersgruppe ermöglicht.

Die Bezirksleitung und der Ortsverband Flensburg gratulieren dem Kollegen Peters recht herzlich zum Erhalt dieser mehr als verdienten Auszeichnung. Wir hoffen, dass der Kollege Peters für diese wichtige Arbeit noch viele Jahre zur Verfügung steht.

Übrigens: Kollege Peters ist vielen unserer Leserinnen und Lesern besser bekannt als Hinnerk ut Flensburg.

## Wiehnachtstied – Märchentied

Denk ick an mien Kinnertied torüch, denn kümmt mi de dunkle Jahrestied in'n Kopp, wenn in de Dunkelheit de Lichter vun de Dannbööm angüng, de Licherketten över de Straten all'ns hell makten un in de Schaufenster so schöne Speelsaken to bekieken wärn. Dat wär noch vör den schrecklichen Krieg. In dat Stadttheater gäv dat denn een Wiehnachtsmärchen, wat wär dat schön! Froschkönig, Schneewittchen, Dornröschen, un wie se all heeten. Ick seh mi hüt noch mit mien'n Broder un mien Modder in't Theater sitten mit ganz rode un hitten Backen. Und at schöne an disse Märchen wär, dat se all' god utgüng, un to letzt käm de Wiehnachtsmann up de Bühn, wat wär dat schön!

Dat is nu över 70 Jahr her, un de Welt hätt sick verännert. Twars fiern wie immer noch Wiehnachten, un Herr Fielmann spendert ok wedder een groten Wiehnachtsboom för den Südermarkt in Flensburg, aver sünst is dat in unsern Staat doch bannich kolt worn!

Tom Bispill: Betreuung der Versorgungsempfänger (Panschonäre un Wittfrauen) dörch de Zollverwaltung. Wi harr'n hier in Flensburg bis jetzt een Beamten as Anspräkpartner, so vun Minsch to Minsch, montags vun 10 – 12 un donnerstags vun 14 – 16 Uhr. De HZA-Vörsteher hätt uns nu klar makt, datt damit Sluss is. De Mann ward annerwärts brukt un he is för disse Angelegenheit to düer! Woto is de Hotline na Rostock denn da? Dardan müssen wi uns nu gewöhn'n. Wi süll'n man nich to hoge Ansprük an de Verwaltung stellen! Ja, dat wär keen Wiehnachtsmärchen, wat he uns da vertellen dä, dat wär Realität! Un de Geschicht hätt ja ok keen goden Utgang wie in't Märchen.

Ick wünsch all'n Kolleginnen un Kollegen un unsen Wittfrauen trotzdem een gesegete Wiehnachtstied un een glücklich nüet Jahr.

Moin, Moin! Hinnerk ut Flensburg

